„Der Courier"
Ein Organ deutschsprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS' ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann,
Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Redakteur.
Geschäftslokal — 1835-1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Telephon 3391
Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Mittwochausgabe, 12—32 Seiten stark.
Für Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.25; drei Monate 75c; ein Monat, 35c.
Für das Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00; drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.
Reklame kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.:
Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75c; für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90c.

Die deutsche Aktion in Genf.

Die allgemeine Völkerbundsversammlung in Genf wurde von Spöttern mitunter als die große internationale Schwatzbude bezeichnet. Ganz so unrecht mögen die Kritiker nicht gehabt haben; denn bei den genannten Jahreskonventionen ist in der Tat schon viel leeres Stroh gedroschen worden. Solange der Völkerbund nur ein Instrument der „Siegermächte" war, die ihn nach ihrem Belieben regierten und dirigierten, solange die kleinen Mächte mundtot gemacht waren, wenn sie sich nicht als die Sprachrohre der größeren „Brüder" mißbrauchen ließen, war es kaum der Mühe wert, Berichte über Völkerbundsversammlungen zu lesen. Man kannte ja schon im voraus die Tonart der Genfer Musik: ein Geflöte von internationaler Versöhnung, von Abrüstung, von Sicherung der Welt gegen zukünftige Kriegskatastrophen, wozu die Nackenschläge auf das deutsche Volk die Taktschläge waren. Siehe die Teilung Oberschlesiens, die Mißwirtschaft im Saargebiet, die Passivität bei der Ruhrbesetzung, usw.! Man muß sich das immer wieder ins Gedächtnis zurückrufen, um die Veränderungen im Weltbild der letzten Jahre, um die Neugestaltung der Verhältnisse ganz verstehen zu können.

Seitdem Deutschland in den Völkerbund und als Großmacht auch in den Völkerbundsrat mit dauerndem Sitz- und Stimmrecht eingetreten ist, kann die „League of Nations" wohl nicht mehr als ein Schutz und Schirm des Versailler Unsinnsvertrags angesprochen werden. Inzwischen haben Locarno und Thoiry doch schon in anderer Richtung bahnbrechend gewirkt, wenn wir auch noch nie an den vielgerühmten „Locarnogeist" geglaubt haben und selbst heute noch nicht daran glauben. Poincare, Rheinlandbesetzung, Unsicherheit der deutschen Ostgrenzen, und das Mißverhältnis zwischen dem waffenlosen Deutschland und dem in Waffen starrenden Europa lassen keinen echten Locarnogeist aufkommen.

Mit Deutschlands Beitritt ist auch ein frischerer Zug in den ganzen Völkerbund hineingekommen. Die alte dumpfe und schwüle Atmosphäre ist gewichen. Die nationalen Minderheiten und die kleineren Mächte haben in der deutschen Regierung einen entschiedenen Anwalt gefunden. Neue, deutsche Ideen werden von der Rednertribüne aus in die Völkerbundsversammlung hineingeworfen. Wo aber deutscher Geist zum Durchbruch kommt, da müssen die leeren Phrasen der anderen verstummen.

Die diesmalige Völkerbundstagung hat vor allem zwei bemerkenswerte Erscheinungen gezeitigt, einmal die Auflehnung der kleineren Mächte gegen die Abrüstungs-Heuchelei der Großmächte, und dann die Rede des deutschen Außenministers Dr. Gustav Stresemann. Mehr als die rührselige Ansprache des französischen Außenministers Briand hat Dr. Stresemann, zwar weniger auf die Tränendrüsen, dafür aber umsomehr auf die Weltpolitik durch seine feierliche Erklärung eingewirkt, daß das deutsche Volk ein Vertragsbrecher, **ein Pionier des Friedens** in Europa sein wolle und **die Verpflichtungen der Zwangsschiedsgerichtsklausel des Weltgerichtshofes** auf sich nehme. Damit hat Deutschland einen Schritt von weittragender Bedeutung unternommen, dasselbe Deutschland, gegen das man unter dem Vorwande zu Felde gezogen ist, man müsse den Weltfrieden sichern und die Menschheit vor einer Wiederholung der Katastrophe von 1914 bewahren. Heute nun geht Deutschland weiter als Großbritannien, Frankreich, Italien oder die Ver. Staaten.

Die alliierten Mächte gründeten nach Kriegsende einen Weltgerichtshof, der in allen Streitfragen der Nationen das entscheidende Wort sprechen sollte. Vorsichtigerweise vertraten jedoch die Großmächte den Standpunkt, daß sie ihre Differenzen nur unter der Bedingung dem Weltgerichtshof unterbreiten würden, wenn jede der in Betracht kommenden Mächte damit einverstanden sei. Mit anderen Worten: der Weltgerichtshof kann nur dann in Aktion treten, wenn die beschwerdeführenden Parteien dazu ihre Zustimmung geben. In dem Schiedsgerichtsvertrag ist aber auch eine Klausel enthalten, derzufolge eine Macht sich zur Anerkennung eines Zwangsschiedsgerichtsverfahrens in allen sie berührenden Streitfällen verpflichten kann. Kleinere Nationen haben sich dieser Klausel unterworfen, nicht aber die großen „Siegermächte," deren Lippenbekenntnisse zur Abrüstung, zum Weltfrieden und zur Völkerversöhnung mitunter so herzergreifend geklungen haben. Deutschland ist die erste Großmacht, die durch den Mund Dr. Stresemanns die Zwangsschiedsgerichtsklausel des Weltgerichtshofes anerkennt. Wie beschämt müssen sich demgegenüber die großen Posaunenbläser für „Recht statt Gewalt" vorkommen!

Mit Dr. Stresemanns meisterhafter Rede vergleiche man die Klagelieder des britischen Außensekretärs Sir Austen Chamberlain, der in Genf offen erklärte, Großbritannien wolle keine neuen Bindungen eingehen und keine neuen Verpflichtungen übernehmen. Das britische Reich sei kein einheitliches Regierungssystem, sondern eine Gemeinschaft von freien und gleichen Nationen, weswegen es nicht dieselben Bindungen wie einheitliche Staaten übernehmen könne. „Meine Herren, Sie verlangen nichts weniger als die Zerreißung des britischen Reiches von mir," rief Chamberlain aus. „Vor langen Jahren unterzeichneten wir einen Garantievertrag mit Belgien. Als es angegriffen wurde, vereinte sich unser Volk zur Erfüllung unseres Versprechens. Die Blüte der Jugend aus jeder Dominion, aus Indien und jeder Kolonie und die Hoffnung zukünftiger Generationen kam, um das Wort des britischen Reiches einzulösen. Es kostete uns eine Million Tote. Die Hoffnung unseres Landes liegt begraben in Frankreich, Flandern, Gallipoli, Palästina und Irak und tief auf dem Meeresgrunde. Wir wissen, was es heißt, Bürge zu sein. Wir kennen den Preis, den wir bezahlt haben und den wir nochmals bezahlen sollen, wie man von uns verlangt. Wir verpfändeten unser Wort, im Falle eines Angriffs auf die Westgrenze Deutschland, Frankreich oder Belgien zu unterstützen, aber Sie verlangen noch mehr von uns. Sie verlangen von uns dieselbe Garantie, die wir in Locarno stellten, auch für jedes andere Land zu geben. Wenn Sie das erwarten, erwarten Sie etwas Unmögliches."

Die Genfer Haltung des britischen Außensekretärs ist gewiß hochinteressant. Es klingt so, als bereue Großbritannien es, daß es Hekatomben von jungen, blühenden Leben und Millionen und Abermillionen von englischen Pfund zum angeblichen Schutze der belgischen Neutralität geopfert habe. Wo blieb die Rechtfertigung für dieses Opfer, wenn Deutschland sich als die stärkste Friedensmacht der Welt erweist und alle törichte Kriegs- und Nachkriegspropaganda Lügen straft? Dann hat man in London in den letzten Jahren so seine Erfahrungen gemacht. Die Südafrikaner, die Canadier und andere Söhne der Mutter Britannia hängen nicht mehr wie früher an deren Schürzenzipfel, vertrauen sich nicht mehr blindlings ihrer Führung an, nachdem sie im Weltkriege so furchtbar schwer geblutet und geopfert haben. Die Dominions haben dem Locarnopakt ihre Anerkennung versagt, sodaß Großbritannien mit seinem „Locarnogeist" allein auf weiter Flur stehen bleibt. Doch was ist Großbritannien ohne die Dominions? Ein Rumpf ohne Glieder. Es ist daher begreiflich, wenn Großbritannien aus nationalegoistischen Motiven sich nicht zu tief in europäische Verwicklungen einläßt, um den Zusammenhang seines Reiches nicht noch mehr zu gefährden. Ob damit freilich dem allgemeinen Weltfrieden gedient ist, sei dahingestellt. Jedenfalls ergibt sich beim Vergleich der Reden Dr. Stresemanns und Chamberlains ein Kontrast, der nicht zu Gunsten Großbritanniens ausfällt.

— Hindenburgs Name schließt ein einigendes Band um alle Menschen deutscher Zunge in aller Welt. Sein 80. Geburtstag wird zu einer weltumspannenden Kundgebung des Deutschtums werden.

Tannenberg.

Auf dem Schlachtfeld von Tannenberg bei Hohenstein, Ostpreußen, wurde am Sonntag, 18. September, das Tannenberg-Nationaldenkmal im Beisein des Reichspräsidenten, Generalfeldmarschall v. Hindenburg, und der anderen Heerführer der Schlacht mit einer schlichten Feier dem deutschen Volke übergeben.

Das Denkmal ist errichtet im Sinne des Hammerspruchs Hindenburgs bei der Grundsteinlegung:

„Den Gefallenen zum dankbaren Gedächtnis,
Den Lebenden zur ernsten Mahnung,
Den kommenden Geschlechtern zur Nacheiferung."

Die Weihefeier war politisch und religiös neutral gestaltet; es sprachen Vertreter der drei Konfessionen. Es wurden die neue Reichsflagge, die alte Reichsflagge, die Reichskriegsflagge, die preußische Landesflagge und die ostpreußische Provinzflagge gehißt.

Es handelt sich bei diesem Denkmal um ein Erinnerungsmal an eine gewaltige Schicksalsstunde Ostpreußens wie Deutschlands, ein Mal, das durch seine schlichte Form eine ruhige, abwehrende Warnung gegen fremde Gelüste darstellt und in Verbindung mit großzügigen Jugendherbergen und einem Stadion die Beziehungen der abgetretenen Preußenprovinzen zum Mutterlande pflegen soll.

In der rings vom Slawentum umbrandeten Ostmark wird das Denkmal das Bewußtsein dafür schärfen, daß das deutsche Volk nur dann angesehen und frei dastehen kann, wenn jeder Deutsche die Taten der Väter ehrt und selbst entschlossen ist, wie es die Helden von Tannenberg getan, zur Verteidigung der Heimat das Leben einzusetzen.

Einer der acht wuchtigen Türme des Denkmals ist dem Reichspräsidenten, Generalfeldmarschall von Hindenburg, dem Sieger der Tannenberg-Schlacht, gewidmet.

Weltumschau

In eine ganz neue Phase sind die deutschen Amerikaflug-Unternehmungen, die, soweit Landflugzeuge in Betracht kommen, auf den vom Reichs-Verkehrsministerium den Fliegern erteilten Wink hin, vorläufig wenigstens, aufgegeben zu sein scheinen, durch Enthüllung des Ueberseeflugprojektes Ernst Udets getreten.

Deutsche Ueberseeflug-Projekte.

Udet, der während des Weltkriegs zu den berühmtesten Kampffliegern Deutschlands gehört hatte, versteht sich gut auf den Flugzeugbau wie wenige andere Flieger, weil er in der Nachkriegszeit die bekannte Bayerische Flugzeugfabrik mitgründen half, welche später der bayerische Staat von ihm übernahm und die im Rufe steht, in ihren Flugzeugen mit dem von dem Württemberger Dr. Fritz erfundenen wassergekühlten Motor, von denen Thea Rasche eins nach Amerika brachte, mit die zuverlässigsten Flugzeuge für den Flugunterricht und Flugkunststücke zu produzieren. Udet hat sich nun letzthin in aller Stille von der Rohrbach'schen Fabrik zwei eigens für die Erfordernisse des Ueberseefluges mit Etappen konstruierte Wasserflugzeuge bauen lassen, von denen eines zerlegt und verpackt und nach Kopenhagen geschickt wurde, um dort unter Mithilfe des Personals des Zweiggeschäfts, welches die Rohrbach-Fabrik in der dänischen Hauptstadt unterhält, gründlich ausprobiert zu werden. Die beiden auf den Ueberseeflug zugeschnittenen neuen Wasserflugzeuge Udets weisen den „Robben"-Typ auf, der zu ihrer Flugtüchtigkeit die große Qualität erhöhlicher Seetüchtigkeit gesellt. Udet hat Kopenhagen für seine Probeflüge auserkoren, weil er dort, auf meerumschlungenem Inselgebiet, die beste Gelegenheit zu haben glaubt, nicht nur die Flug- sondern auch die Seetüchtigkeit seiner „Robben" darzutun, welche auf je drei Mann Besatzung eingerichtet sind.

Es scheint jetzt so gut wie entschieden zu sein, daß weder Otto Könnecke mit dem Kaspar Zweigecker „Germania", noch Hermann Köhl mit Freiherrn von Hünefeld auf dem Junker-Flugzeug „Bremen" noch in diesem Jahre den Versuch machen werden, den Ueberseeflug nach Amerika zu unternehmen. Eine Reihe von Konferenzen führte zu diesem Ergebnis.

Die nunmehr in einer Eingabe Briands als Vorsitzender des Alliierten Botschaftsrats, an Dr. Stresemann angekündigte Herabminderung der Besatzungsarmee wird in allen deutschen Kreisen höchstens als eine Teilerfüllung des deutschen Rechtsanspruchs auf vollständige Räumung bewertet. Die Rechtsradikalen rasen gegen Dr. Stresemann. Von der starken Gefolgschaft des Außenministers wird darauf hingewiesen, daß die Herabminderung auf rund 60,000 Mann sich dem deutschen Standpunkt, von dem aus 56,000 Mann, der vorkriegszeitigen Stärke der damaligen deutschen Garnisonen entsprechend, als das Höchstmaß konzediert werden, bedeutend nähere.

Räumt das Rheinland!

In den deutschen politischen Kreisen herrscht, wie ein hervorragender Angehöriger dieser Kreise auseinandersetzte, folgende Meinung vor: Schon durch die ruckweise Herabsetzung wird der Zusammenbruch der früheren französischen Politik, die in dem besetzten Gebiet ein Sprungbrett für die Hegemonie Frankreichs über den europäischen Kontinent, ein Glacis für die Verwirklichung des gegen Deutschland gerichteten Vernichtungswillens erblickte und aufrichten wollte, deutlich gemacht.

Oesterreich hat das beste Polizeisystem und die beste Polizei-Ausbildungsschule der Welt. Dies ist die Meinung des Polizeiinspektors John J. Noonan, Direktors der New Yorker Polizei-Ausbildungsschule. Nach einer genauen Besichtigung der Wiener Bildungsschule für die Wächter der Ordnung, die unter Leitung des Polizeipräsidenten Johann Schober steht, erklärte Inspektor Noonan: „Das zweijährige Lehrsystem für Polizeirekruten in Oesterreich ist, meiner Meinung nach, gründlich und eigenartig." Seine Ansicht stützt sich auf die eigenen Erfahrungen während 24jähriger Dienstzeit in der New Yorker Polizei.

Oesterreichs Musterpolizei.

Der Havas-Agentur-Korrespondent in Rambouillet hat berichtet, daß ein Ministerrat unter dem Vorsitz des Präsidenten Dommergue sich dahin geeinigt habe, daß die Sowjetregierung davon in Kenntnis gesetzt werde, daß der Botschafter Christian Rakowsky von Moskau abberufen werden solle. Die Erörterung war die Folge der Unterzeichnung eines Dokumentes durch Rakowsky, in dem das Proletariat zum Sturz aller bürgerlichen Regierungen und die Soldaten zur Gehorsamsverweigerung aufgefordert werden. Die Angelegenheit wird im nächsten Ministerrat nach der Rückkehr des Auslandsministers Briand von Genf nach Paris wieder aufgenommen, doch entschied man sich „im Interesse der Aufrechterhaltung guter Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland" für die Abreise Rakowskys von Paris.

Paris und Moskau.

Der Außenkommissar der Sowjetregierung, Georg Tschitscherin, hat nach Mitteilung des Pariser „Matin" Frankreich den Abschluß eines „Freundschafts- und Nichteinmischungsvertrages" angeboten. Die Zeitung schreibt, daß auf dieses „ganz eigenartige Anerbieten" bisher vom französischen Außenamt noch keine Antwort gegeben wurde. Der Vorschlag wurde im Laufe des Briefwechsels zwischen Tschitscherin und Briand über den Zwischenfall mit dem Sowjetbotschafter Rakowsky in Paris gemacht, dessen Abberufung die französische Regierung verlangt, weil er einer der Unterzeichner einer Proklamation der Kommunistischen Partei war, in der ein weltweiter Aufstand der Arbeiter befürwortet wird.

Russisches Freundschaftsangebot.

„Matin" bemerkt hierzu, daß es wohl zum ersten Male in der Geschichte der Welt der Fall sei, daß ein derartiger Pakt in Vorschlag gebracht wurde. Bisher habe man die Nichteinmischung eines Staates in die inneren Angelegenheiten anderer Länder stets als etwas so Natürliches angesehen, daß keine Nation daran dachte, daß es notwendig sein würde, eine Klausel gegen eine solche Handlungsweise irgendeinem Vertrag einzuverleiben.

Albert Goyer, der unter der Anklage stand, seit dem Jahre 1916 ein internationaler Spion gewesen zu sein und eine Gruppe von 26 Personen, die für den britischen militärischen Nachrichtendienst in Rußland tätig waren, geleitet zu haben, wurde zum Tode durch Pulver und Blei verurteilt. Die Todesstrafe wurde auch über acht Mitglieder der Spionagegruppe verhängt. 12 erhielten Kerkerstrafen von verschiedener Dauer, von sechs Monaten bis zu acht Jahren und vier Angeklagte wurden freigesprochen. Den Angeklagten war insbesondere zur Last gelegt worden, Daten über die Kriegsflotte der Sowjet-Union gesammelt, Pläne von Kriegsschiffen und Tauchbooten kopiert und Berichte in unsichtbarer Tinte abgefaßt zu haben, die durch das finnische Konsulat in Leningrad einem britischen Agenten in Finnland zugeschickt wurden.

Spionage in Rußland.

Albert Goyer, auch Goier, soll holländischer Abkunft sein. Er wurde von der politischen Polizei der Sowjet-Union zuerst im vorigen Jahre verhaftet, aber mangels hinlänglicher Beweise für seine Spionage wieder in Freiheit gesetzt. Im Juli d. J. wurde er zusammen mit 25 Personen, die alle der Spionage verdächtig waren, wieder verhaftet und diesmal gelang es der politischen Polizei, Beweise zu erbringen, daß die Verhafteten im Interesse einer fremden Macht in Rußland tätig waren.

Während der Verhandlung soll Goyer erklärt haben, daß er im Auftrage von „Kapitän Boyce, dem Chef des britischen Nachrichtendienstes in Reval" handelte und daß dieser ihm sagte, er solle während dieses Jahres in Leningrad bleiben, „da die Briten diese Stadt besetzen werden". Goyer soll auch behauptet haben, er sei besonders instruiert worden, Beweise für die angebliche Existenz eines Planes zum militärischen Zusammenwirken von Rußland und Deutschland zu erlangen, um dadurch den Briten zu ermöglichen, ihren geplanten Angriff auf die Sowjetunion zu beschleunigen.

Die Ukraine, Krim und nordkaukasische Küste des Schwarzen Meeres wurden von drei getrennten Erdbeben erschüttert. Der schlimmste Schaden wurde in Sebastopol und den nahebei gelegenen Kurorten angerichtet. Die telegraphische Verbindung wurde unterbrochen, aber teilweise Berichte aus Jalta besagen, daß viele Häuser in Sebastopol eingestürzt seien und nur wenige keinen Schaden erlitten. In Odessa wurden drei Erdbeben verspürt. In einigen Gegenden hielten die Störungen zwanzig Sekunden an. Die Bewohner von Sebastopol, Simferopol und Noworossijsk verbrachten die Nacht auf den Straßen. Kleinere Erdbeben wurden zwischen Kiew und Odessa verspürt.

Erdbeben in Südrußland.

Geologen sind der Ansicht, daß das Epizentrum (die senkrecht über dem Ausgangspunkt des Erdbebens gelegene Stelle) sich im Kaukasus befand, wo der Prozeß der Gebirgsbildung noch immer im Gange ist.

Weder Arbeit noch Geld wird gespart, um die Feier des zehnten Jahrestages der russischen Oktober-Revolution zu einer eindrucksvollen zu gestalten. Ein besonderes „Oktober-Komitee" wurde zur Gutheißung und Vervollständigung aller Vorbereitungen ernannt. Der Mittelpunkt der Festlichkeit wird Moskau sein, wo der Rote Platz, die hohen Mauern des Kremlin, die an das große Rechteck angrenzen, auf dem das Lenin-Mausoleum in der Mitte steht und neben dem sich die Gräber mehrerer bedeutender Bolschewisten, russischer und fremder, befinden, die mit rotem Tuch verhängt werden, hinter dem die Zahlen „1917—1927" in gewaltigen elektrischen Lichtern erscheinen werden. Die Arbeiter und Angestellten in Moskau und rote Truppen werden die Feier mit einer Parade durch die Stadt nach dem Roten Platz eröffnen. Führende Künstler werden auf Festwagen Szenen aus der Revolution auf den Straßen vorführen. Zahlreiche Fabriken, Arbeiterklubs, neue Gebäude, Funkstationen und Wasserpumpstationen werden überall im Lande eröffnet werden. Elektrische Fabriken und Webereien arbeiten Ueberzeit, um die notwendige Menge von roten Glühbirnen und rotem Tuch herzustellen.

Russischer Revolutionstaumel.

Graf Carlo Nardini, der Pariser italienische Vizekonsul, wurde von einem unbekannten Angreifer erschossen. Der Mörder, von dem man annimmt, daß er ein Italiener ist, suchte den Grafen in seinem Zimmer im Konsulat auf und gab sofort drei Schüsse auf ihn ab. Der Angreifer wurde verhaftet, weigert sich jedoch, seinen Namen oder den Grund zu der Tat anzugeben. Nardini stürzte sofort tot zusammen, und der Mörder versuchte zu fliehen. Er wurde jedoch von einem Türhüter niedergeschlagen. In seinen Taschen hatte der Angreifer eine Identifizierungskarte, auf der jedoch der Name ausradiert worden war.

Italienischer Vizekonsul ermordet.

König Alfonso von Spanien unterzeichnete ein Dekret, durch das die Nationalversammlung einberufen wird. Premier Primo de Rivera hatte seit längerer Zeit die Frage der Einberufung einer Nationalversammlung bearbeitet. Am 31. August veröffentlichte Berichte besagten, daß die Versammlung, die nur beratender Natur sein und keine legislative Macht haben wird, in den ersten zehn Tagen des Monats Oktober zusammentreten werde. Die Nationalversammlung soll eine Vorlage für die nationale Konstitution ausarbeiten; sie wird das Budget für das Jahr 1929 studieren und sich über andere Maßnahmen besprechen, die sie der Regierung unterbreiten wird. Die Einberufung der Nationalversammlung wird als der erste Schritt zur Rückkehr zum parlamentarischen Regierungssystem in Spanien betrachtet. Als Premier de Rivera im Jahre 1923 die diktatorische Gewalt an sich riß, wurde das Parlament durch ein königliches Dekret aufgelöst.

Spanische Nationalversammlung.

Das britische Luftministerium kündigte an, daß die Regierung einen transatlantischen Postdienst in Luftschiffen, die zu ununterbrochenen Fernflügen geeignet sind, einrichten werde. Ausschüsse sind bereits nach Canada und Südafrika gesandt worden um Landungsplätze auszusuchen. „Die Regierung hat ein praktisches Programm, das sie bald zu verwirklichen hofft, und die Zeit der Einführung dieses Dienstes ist sehr nahe", erklärte ein Beamter. Luftschiffe werden benützt werden, da die Behörden der Ansicht sind, daß Flugzeuge nicht als regelmäßiges Verkehrsmittel für den atlantischen Post- und Passagierdienst benützt werden können.

Von Britannien nach Canada.

Chinesische Zeitungen beschuldigen die Truppen des früher als „christlichen Generals" bekannt gewesenen Marschalls Feng Yü-Hsiang, in Tschangte, einer Stadt von 300,000 Einwohnern im nördlichen Teile der Provinz Honan, Tausende von Leuten massakriert zu haben. Mitglieder der von den Bauern organisierten Wehrverbände, das „Himmlische Tor" und „Rote Speere", sollen einige Soldaten Fengs getötet haben, wie die chinesischen Blätter mitteilen, und als Rache dafür sollen die Truppen die Stadt Tschangte überfallen und alle Leute, die ihnen in den Weg kamen, ohne Rücksicht auf Alter oder Geschlecht, niedergemacht haben. Verschiedene Zeitungen behaupten, daß 30,000 Leute der Mordlust der Truppen Fengs zum Opfer fielen, während andere Blätter die Zahl der Hingemetzelten viel höher; einige sogar auf 80,000 schätzen.

Chinesischer Massenmord.

Die seit zwei Wochen gärende Bewegung in Mukden, Mandschurei, gegen Japan kam zum Ausbruch, als ein japanischer Konsulatspolizist, der aufreizende Maueranschläge von den Wällen der Stadt entfernen wollte, von einem Volkshaufen angegriffen und verwundet wurde. Marschall Chang ist ernstlich besorgt über die Lage, zumal in der Mandschurei Plakate verbreitet werden, die sich auch gegen ihn selbst richten und besonders seinen Stabschef, der einer pro-japanischen Gesinnung beschuldigt wird. Japaner, die in der Mandschurei ansässig sind, haben in Befürchtung weiterer gefahrvoller Entwicklungen ihre Regierung zu energischen Schutzvorkehrungen aufgefordert und das Entrücken japanischer Truppen in die Chinesenstadt von Mukden befürwortet. Zur Zeit steht eine japanische Division in der südmandschurischen Zone, und 600 Mann sind in dem japanischen Stadtteil von Mukden einquartiert.

Mandschurei gegen Japan.

Die anti-japanische Bewegung in der Mandschurei entsprang der Erbitterung unter den Chinesen über Japans neue mandschurische Politik, die angeblich darauf abzielen soll, die Mandschurei zu einer japanischen Kolonie, ähnlich wie Korea, zu gestalten. Von den japanischen Behörden sowohl wie von Marschall Chang wird ein solches Vorhaben in Abrede gestellt, doch gilt die japanische Forderung der Einrichtung von weiteren drei Konsulaten in der Mandschurei, eines davon in der Stadt Linkiang, als erster Schritt zur Ausführung des Planes. Die Provinz Kirin, in welcher Linkiang liegt, ist die Brutstätte der anti-japanischen Bewegung. Die dortigen Behörden haben in Telegrammen an die Peking-Regierung Einspruch gegen weitere Verhandlungen mit Japan erhoben. „Unser Volk ist wie der Fisch unter dem Küchenmesser," besagen die Proteste, und die japanische Regierung wird als eine militärische bezeichnet.

Das Ereignis der letzten Woche in der Finanzwelt war die $25,000,000 Anleihe, welche Dillon, Read & Co. von New York der Deutschen Bank gewährten, eine Anleihe, welche das Börsengeschäft ungemein stimulierte und eine wahre Flut von Kaufaufträgen von kleinen Investoren auslöste. Dieses beweist, wie allgemein erklärt wird, die absolute Gesundheit der deutschen Wirtschaft und zeigt, wie die „Börsen-Zeitung" schreibt, daß Amerikas Vertrauen in die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands größer ist als im eigenen Lande. Die Tatsache, daß die Anleihe dazu bestimmt ist, den sogenannten mittleren Industrien Kredite zu gewähren, ist ein Faktor, der die größte Befriedigung hervorruft, umsomehr, als soweit amerikanisches Kapital nur für neue industrielle Unternehmungen zu erlangen war. Noch mehr, die Anleihe wird auch als der erste erfolgreiche Schritt in der Bemühung der Erlangung langfristiger Kredite betrachtet, nach denen sich Deutschland so lange gesehnt und deren Notwendigkeit von allen Finanzexperten vom Reichsbankpräsident Schacht abwärts betont worden ist.

Amerikas Vertrauen zu Deutschland.

Die französische Regierung bringt in ihrer Antwort auf einen amerikanischen Protest gegen die neuen französischen Zollsätze die sofortige Eröffnung von Verhandlungen mit den Ver. Staaten zum Abschluß eines neuen Handelsübereinkommens in Vorschlag. Wahrscheinlich dürfte angeregt werden, den 26. September als Datum der Aufnahme dieser Verhandlungen anzusetzen.

Französisch-amerikanischer Konflikt.

Die amerikanische Botschaft in Paris wird zur Zeit mit Zuschriften von Importeuren amerikanischer Kaufmannsgüter überschüttet, in denen Klage geführt wird, sie würden durch die neuen französischen Zölle ruiniert werden, wenn nicht rasch Abhilfe komme. In vielen Fällen ist der neue Zollsatz höher als die seitherigen Verkaufspreise. Allen diesen Beschwerdeführern ist von der amerikanischen Botschaft zu verstehen gegeben worden, alle Waren, welche von den Ver. Staaten nach dem 31. August abgesandt wurden, in den Zollspeichern liegen zu lassen, bis die eingeleiteten neuen Verhandlungen zum Abschluß gekommen sind. Zugleich hat die Botschaft das Staatsdepartment in Washington per Kabel ersucht, amerikanischen Exporteuren nahe zu legen, bis auf weiteres keine weiteren Waren, die unter die neuen Tarifsätze fallen, nach Frankreich zu schicken.

Das französische Amt gab der amerikanischen Botschaft zu verstehen, es werde anerkannt, daß die Frage eine dringende sei und sofortige Behandlung verlange. Wie aus nichtoffiziellen Quellen in Erfahrung gebracht wurde, wird sich die französische Regierung in ihrer Antwort auf den Standpunkt stellen, sie sei ohne entsprechende Konzessionen nicht in der Lage, den amerikanischen Importwaren die gleiche Behandlung angedeihen zu lassen, wie denen aus Deutschland, England und anderen Ländern, mit denen Frankreich Reziprozitätsverträge eingegangen habe.

Nachwehen des Wiener Aufstandes.

In die Ruhe, welche den Wiener Krawallen im Juli gefolgt, ist plötzlich wie ein Blitz aus heiterem Himmel die Nachricht gefahren, daß Oberbürgermeister Seitz den Rücktritt des Polizei-Präsidenten Johann Schober gefordert hat. Damit ist der alte Kampf zwischen der Bundesregierung und der städtischen Verwaltung erneut eröffnet worden.

In einer der vier abgehaltenen Massenversammlungen, die einberufen worden waren, „um gegen die blutbefleckten reaktionären Methoden zu protestieren, welche seit den Juli-Unruhen gegen die Arbeiterbevölkerung in Anwendung gebracht worden," erschien der Oberbürgermeister selbst als Redner. Er führte im Laufe seiner Rede unter anderem aus: „Seit dem Tage, an welchem die Polizei kalten Blutes 85 unbewaffnete Bürger niederschoß, haben sich 7500 in die Listen der Sozialdemokratie eintragen lassen und 13,000 Katholiken haben dem Kanzler Seipel und den Christlich-Sozialen den Rücken gekehrt. Die Zeit für Herrn Schober ist angebrochen, sich bewußt zu werden, daß er nicht an der Spitze der Polizei verbleiben kann, nachdem er das Vertrauen einer Mehrheit der Bürgerschaft eingebüßt hat, welche die städtische Verwaltung in Händen hat und zudem noch das Bundesland Nieder-Oesterreich regiert. Schober hat politisch zu gehen, und sein Nachfolger muß sich bewußt werden, daß Wien von den Sozialdemokraten regiert wird, die eine Volkspolizei verlangen, deren Mitglieder Fühlung mit dem Volke haben und es verstehen, eine Polizei, welche die Ordnung aufrecht zu erhalten vermag, ohne zu Methoden der Denunzierung und der „Brutalität zu greifen."

Unsere Garantie
$1000.00 in bar
zahlen wir jedermann, der uns nachweist, dass die nachfolgenden Angaben nicht auf Wahrheit beruhen:
Togal TABLETTEN
haben sich hervorragend bewährt bei:
Rheuma | Nerven- und
Gicht | Kopfschmerzen
Ischias | Hexenschuss
Erkältungskrankheiten.
Innerhalb eines halben Jahres gingen mehr als 1500 Atteste allein aus Ärztekreisen ein, darunter von namhaften Professoren und ersten Kliniken und Krankenanstalten.
Herr Professor Dr. med. W. in M. schreibt u. a.: „Auch ein mir befreundeter Kollege teilte mir mit, dass er selbst an Ischias leidend verschied. Mittel ohne Erfolg angewandt hatte, bis die Schmerzen auf Togal rasch und für dauernd entschwunden seien."
In ähnlichem Sinne urteilen viele tausends.
Seit über 12 Jahren in Europa glänzend bewährt! — Leiden auch Sie nicht länger und besorgen Sie sich noch heute aus der nächsten Apotheke Togal.
Preis $1.00. Probepackung 40c.
Agent: Benno Bott, 1609—11. Ave. Regina, Sask., Phone 4161.